

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/229

1. Dezember 1975

Die Union schürt die totale Konfrontation

Von demokratischer Solidarität war auf ihrem Deutschlandkongreß nichts zu spüren

Seite 1 und 2 / 62 Zeilen

Sport ist für alle da!

Die Schwerpunkte sozialdemokratischer Sportpolitik

Von Manfred Wende MdB

Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagesfraktion

Seite 3 und 4 / 88 Zeilen

Mehr Schutz für den Urlauber

Ein Gesetz über den Reiseveranstaltungsvertrag ist unerläßlich

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagesfraktion und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 5 / 38 Zeilen

Wehrpolitik Marke "Wörner"

Zu einem aufschlußreichen Interview des CDU-Militär-  
experten

Von Hermann P. Reiser MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 6 und 7 / 48 Zeilen

Wie steht es um die "Europäer" in den Parlamenten?

Bonn: Erfahrungsaustausch mit britischen Abgeordneten

Von Dr. Peter Corterier MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 8 und 9 / 51 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberik Edert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 129 608  
Präsidentenstr. 1, Dornier 237-884  
Telefon: 33 63 27-38  
Telefax: 33 63 96-63 8888 4

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 65 11

### Die Union schürt die totale Konfrontation

---

Von demokratischer Solidarität war auf ihrem Deutschlandkongreß nichts zu spüren

Die Unions-Parteien glauben, nun doch noch ein Thema gefunden zu haben, das ihrem Bedürfnis nach Emotionalisierung des bevorstehenden Wahlkampfes gerecht werden könnte. Die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise, die auch die vergleichsweise gut weggekommene Bundesrepublik heimsucht, aber politisch nicht aus dem Tritt brachte und für deren absehbares Ende einiges spricht, haben den innerlich zerstrittenen, konzeptionslosen konservativen Parteien nicht den erhofften Geländegewinn erbracht. Ohne Alternativen zur Sache, nur mit flach tönender Propaganda in einer Situation aufwartend, in der der Bürger von der Politik wirksame Taten oder doch wenigstens Vorschläge dazu fordert, machen CDU und CSU keinen sehr imponierenden Eindruck.

Fast erlöst klang deshalb, was die Unions-Spitze jetzt der Gefolgschaft für die nächsten Monate versieß: "Der Flügel Schlag der Geschichte hat uns wieder zu streifen begonnen", offenbarte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß. Der von ihm zuweilen tolerierte Kanzlerkandidat Dr. Helmut Kohl wollte nicht zurückstehen: "Wir werden erleben, daß die grundsätzliche ideologische Auseinandersetzung mitten in unserem Lande stattfinden wird." Beide Herren schauffierten sich auf dem Deutschlandpolitischen Kongreß ihrer Parteien für die Ankündigung, daß die Union die Deutschlandpolitik, aber natürlich "die Auseinandersetzung im grundsätzlichen" (Strauß), ins Zentrum ihres Bundestagwahlkampfes stellen werde. Der Wähler sei nur zu mobilisieren, bekannte der CSU-Chef in aller Offenheit, wenn ihm das ganze Ausmaß der von ihm zu treffenden Entscheidung "zwischen Freiheit und Kollektiv" klar vor Augen geführt werde.

Von "Solidarität der Demokraten", von einer gemeinsamen Grundlage, kann nach Strauß und Kohl keine Rede mehr sein; dies alles habe die sozial-liberale Koalition zerstört, und zwar schon 1968, so weiß Strauß: "Als die SPD mit Wissen von Brandt und Wähler und hinter dem Rücken von

Bundeskanzler Kiesinger sich mit den italienischen Kommunisten getroffen hat, um eine total geänderte Ostpolitik zu entwickeln." Der Kreis ist somit geschlossen: Zerstörung der demokratischen Basis wegen Annäherung der Koalition an die Kommunisten.

Die in der Ost- und Deutschlandpolitik differenzierter urteilenden CDU/CSU-Politiker durften auf dem Kongreß erst gar nicht mitreden. Die Befürworter des strikten "Nein" gegenüber allem, was sich im letzten halben Jahrzehnt an Abbau von Konfrontation und Lockerung zwischen Ost und West ergeben hat, waren ganz unter sich. Aber daß sie in den C-Parteien den Ton angeben, daran ließ zum Beispiel der CSU-Abg. von Stauffenberg keinen Zweifel aufkommen: "Entscheidend ist, daß sich hier die für die Union Maßgeblichen darstellen." Der außenpolitische Experte Dr. Werner Marx faßte schließlich für die Stammtische in deutschen Landen zusammen: Veröhnung mit den Völkern Osteuropas sei ein künstliches Problem, das von den Regierungen im Osten nur aufgebracht worden sei, um möglichst viel aus der Bundesrepublik herauszuschlagen.

Das also wird die Linie sein, auf der die CDU/CSU zu brillieren gedenkt und die Macht im Staate zurückzuerobern hofft. Es ist wohl eine schlichte Feststellung, zu bemerken, daß hier ohne Rücksicht auf innere Stabilität und äußere Glaubwürdigkeit und somit Kooperationsfähigkeit unseres Staates dem unkontrollierten Willen zur Macht gefrönt wird. Was eine solche Politik für die nationale wie internationale Sicherheit bedeutet, braucht nicht lange erklärt zu werden. Strauß verweist im Übrigen selbst darauf: "Die Weimarer Republik war nicht wetterfest. Wäre die heutige wetterfest, wenn sie mit solchen Problemen wie damals längere Zeit konfrontiert wäre? Die Bewährung dieser Bundesrepublik kommt erst noch."

Sollte sie noch kommen, so tragen Politiker wie Strauß ein gerüttelt Maß Verantwortung dafür; und unter jenen, die sich dann darum mühen, daß die Bewährungsprobe bestanden werde, wird man ihn vergeblich suchen.

Claus Preller  
(-/1.12.1975/bgy/e)

+ + +

## Sport ist für alle da !

---

### Die Schwerpunkte sozialdemokratischer Sportpolitik

Von Manfred Wende MdB

Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Durch die Neufassung der "Sportpolitischen Leitsätze 1974" der SPD und die "Große Anfrage" zur Sportpolitik im Deutschen Bundestag wurden in letzter Zeit wichtige Beiträge dazu geleistet, daß sozialdemokratische Sportpolitik stärker als jemals zuvor in das Bewußtsein der Mandatsträger, der Sportler, der Organisationen und der sportinteressierten Öffentlichkeit gerückt wurde.

Im Gegensatz zu den anderen politischen Parteien hat die SPD einen tiefen sporthistorischen Hintergrund. Auf der Grundlage des Godesberger Programms, der "Sportpolitischen Leitsätze" und unter Beachtung der politisch-moralischen Verpflichtung, die den deutschen Sozialdemokraten aus den Traditionen und Werten der ehemaligen Arbeitersportbewegung erwachsen ist, haben die sozialdemokratischen Mandatsträger in Bund, Ländern und Gemeinden bisher hervorragende Arbeit zur Entwicklung des Sport geleistet. Aus dem Kommunalpolitischen Grundgesetzprogramm und dem "Orientierungsrahmen '85" ergeben sich ebenfalls neue Entwicklungsmöglichkeiten für die Sportförderung durch die Sozialdemokraten.

Trotz gelegentlicher Kritik - offenbar aus einer nationalen Überbewertung der Rolle der leistungssportlichen Erfolge - bleibt für den Leistungssport festzustellen, daß wir beispielsweise im Bereich des Bundes das höchste Förderungsniveau seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland erreicht haben. Darüber können auch Abwertungsversuche der CDU/CSU und konservativer Funktionäre nicht hinwegtäuschen. Entgegen diesen Negativ-Parolen wird es auch im Bundeshaushalt 1976 ein sportpolitisches Förderungsvolumen von rund 250 Millionen DM geben. Der Leistungssport ist daran in ganz hohem Maße beteiligt.

Abgesehen von einer stabilen Förderung des Leistungssports sehen wir die Notwendigkeit, die Förderungsschwerpunkte noch deutlicher als bisher dort zu setzen, wo die zügige Mängelbeseitigung dringend geboten ist. Einige Beispiele: Der Sport in den Grund-, Haupt- und berufsbildenden Schulen; als Beitrag zur Rehabilitation und Behindertenbetreuung; zur Förderung des Zusammenlebens mit den ausländischen Arbeitnehmern; bei den Bemühungen um die gesellschaftliche Wiedereingliederung straffällig gewordener Bürger und vor allem für unsere Mitbürger im höheren Lebensalter, für die Spiel und Sport lebensbejahende Elemente sein können.

Durch die teilweise hektischen Diskussionen um Rangordnung und Förderungsanspruch des Hochleistungs- und Profisports ist in weiten Bereichen des Vereins-, Freizeit- und Erholungssport der Eindruck einer sportpolitischen Vernachlässigung entstanden. Deshalb gilt es deutlich herauszustel-

len: Für die sozialdemokratische Sportpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden hat die gezielte und bedarfsgerechte Förderung dieser Bereiche höchsten Stellenwert. Die großzügigen steuerlichen Regelungen für den Amateursport im Rahmen der neuen Abgabenordnung sind nur ein Beispiel dafür.

Seit vielen Jahren hat die sozialdemokratische Sport- und Gesundheitspolitik Anstöße gegeben, um vorbehaltlos und ohne ideologische Verklebung die Chancen und Grenzen für "Sport- und Ausgleichsmöglichkeiten im Arbeitsbereich" aufzuzeigen. Aus diesem Grunde hat die SPD-Bundestagsfraktion eine öffentliche Anhörung des Sportausschusses des Deutschen Bundestages zu diesem Thema beantragt.

Der Sport ist heute Bestandteil aller gesellschaftlichen und politischen Bereiche unseres Lebens. So hat die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion zusammen mit der Bundesregierung die politischen Hilfen dafür gewährt, daß die beiden deutschen Sportbünde am 8. Mai 1974 das Protokoll über die Regelung der innerdeutschen Sportbeziehungen unterzeichnen konnten. Unter Berücksichtigung der derzeitigen politischen Gegebenheiten hat sich diese Vereinbarung als eine mögliche Form zur Regelung der Beziehungen zwischen den Sportvereinen, Sportgemeinschaften und Verbänden der beiden deutschen Sportbünde erwiesen. Trotz gelegentlicher Einzelchwierigkeiten, die es bei der Vorbereitung und Durchführung gegeben hat, ist es eindeutig, daß bei den Sportlern und der sportinteressierten Öffentlichkeit in beiden deutschen Staaten ein steigendes Interesse an gegenseitigen Sportbeziehungen besteht. An dieser Tatsache kommt auch die SED-Führung nicht vorbei, wenn es jetzt um die Weiterentwicklung der innerdeutschen Sportbeziehungen für 1976, die Verwirklichung der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und der Ergebnisse der II. Europäischen Sportkonferenz vom Mai 1975 in Dresden geht. Dies kann auch für die innerdeutschen Sportbeziehungen nur Ausweitung und nicht Rückschritt oder Stillstand heißen.

Hohes Bedeuten misst die SPD für die friedliche und dynamische Entwicklung der Beziehungen zu den ost- und südeuropäischen Ländern sowie der Volksrepublik China dem Bereich von Jugend und Sport zu. Dabei räumt die SPD der Zusammenarbeit mit Polen eine nachdrückliche Priorität ein. Die SPD wird auch weiterhin bei der Überwindung von ideologischen Barrieren und der Beseitigung von Vorurteilen mit Augemeiß und Beharrlichkeit helfen.

In den letzten Jahren konnten erhebliche Fortschritte erzielt werden, daß der überwiegende Teil der Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Lateinamerika in der Bundesrepublik Deutschland einen zuverlässigen Partner bei der Hilfe zur Förderung des Sports in diesen Ländern sieht. Dies geschieht vor allem durch die Entsendung von gegenwärtig rund 30 Sportfachberatern, Sportlehrern und Trainern sowie dem Erfahrungsaustausch in den Sportorganisationen und im Sportstättenbau. Mit einer solchen partnerschaftlichen Zusammenarbeit, die im Rahmen der finanziellen Gegebenheiten und des Bedarfs in den Gastländern weiter ausgebaut wird, kann ein wichtiger Beitrag zur friedlichen Entwicklung der Weltspartorganisationen geleistet werden.

(-/1.12.1975/wi/ee/pr)

Mehr Schutz für den Urlauber  
-----

Ein Gesetz über den Reiseveranstaltungsvertrag ist unerlässlich

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestags-  
fraktion und Mitglied des SPD-Vorstandes

In den letzten Tagen ist an dem Referentenentwurf eines Gesetzes über den Reiseveranstaltungsvertrag von verschiedenen Seiten Kritik geübt worden. So zum Beispiel halten der Deutsche Reisebüro-Verband (DRV) und der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) den vom Bundesjustizministerium erarbeiteten Gesetzentwurf für überflüssig. Außerdem erklärt der DIHT, daß das Gesetz Mehrbelastungen verursachen werde, die von den Reiseveranstaltern nicht aufzufangen seien. Das Risiko würde einseitig zu Lasten der Anbieter von Gruppenreisen verschoben und auf die Reiseveranstalter sowie auf die Gerichte würden eine Vielzahl von Reklamationen zukommen.

Diese Kritik am ersten Referentenentwurf des geplanten Gesetzes ist konstant geblieben, ohne daß die Kritiker bisher die Berechtigung ihrer Befürchtungen belegen konnten. Im Gegenteil: Die Gerichte bestätigen schon heute, daß die Risikobelastung einseitig überwiegend beim Verbraucher liegt, und daß dieser Mißstand durch eine gesetzliche Regelung behoben werden muß. Da es bisher in unserem Recht keine Regelung für den Verkauf von Pauschalreisen gibt, und da die Pauschalreisenden durch die von den Reiseveranstaltern vorgeschriebenen Geschäftsbedingungen in vielfältiger Weise benachteiligt werden, ist eine möglichst schnelle gesetzliche Regelung unabhängig von der Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen erforderlich.

Dem Reisenden, der den vollen Reisepreis für ein ihm meistens völlig unbekanntes Objekt vorauszahlen muß, entsteht ein hohes Risiko, und er hat bei berechtigten Beanstandungen kein Druckmittel gegenüber dem Reiseveranstalter in der Hand. Deshalb sind die Regelung der Haftung, der Schadenersatzansprüche und der Rücktrittsbedingungen dringend nötig. Und eben diese Punkte sind ein Hauptanliegen des Gesetzentwurfes. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV) und die Stiftung Warentest fordern seit Jahren ein Gesetz, das in Zukunft verhindern soll, daß dem Urlauber einseitig Risiken und Kosten aufgebürdet werden, wie es zur Zeit leider noch üblich ist. Die Rechte des Verbrauchers dürfen nicht durch einseitige Geschäftsbedingungen beschnitten werden.

Das Bundesjustizministerium und das Kabinett sollten sich nicht von der Drohung mit höheren Preisen für Pauschalreisen beeindrucken lassen. Die Berechtigung der Forderungen der Verbraucher ist erwiesen, wie beispielsweise die ZDF-Sendung "Reklamation" vor kurzem deutlich gemacht hat. Darüber kann der Widerstand der Betroffenen nicht hinwegtäuschen. Eine Vertagung des Problems auf die nächste Legislaturperiode wäre für die Verbraucher nicht verständlich.

(-/1.12.1975/wi/e)

Wehrpolitik Marke "Wörner"  
-----

Zu einem aufschlußreichen Interview des CDU-Militärexperten

Von Hermann P. Reiser MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Nun ist es also heraus! Jetzt weiß man endlich, wo der "Schatten-Verteidigungsminister" der CDU/CSU, Dr. Manfred Wörner MdB, seine Vorbilder sieht und seine Anregungen herbekommt. Die Schweiz ist es. Dazu muß man freilich erst einen rechtsgerichteten, wehrpolitischen Informationsdienst lesen, und wer macht das normalerweise schon. Aber immerhin:

In einem Interview von vier Seiten verkündet Dr. Wörner in Strauß-Manier nun sein eigenes Bonthofener Wehr-Credo: An der Bundeswehr und an unserer gegenwärtigen Verteidigungspolitik gefällt ihm kaum etwas. Es fehlt ihm "eine klare Information und Orientierung über den potentiellen Gegner" sowie eine "kriegsnahe Ausbildung". Er zitiert dazu die sicherheitspolitischen Leitlinien der Schweiz, wonach die Armee ihrem Wesen nach für den Kampf geschaffen ist. Womöglich eine völlig neuartige Erkenntnis. Das "Mobilmachungssystem" und die "zivilmilitärische Zusammenarbeit" will er folgerichtig auch verbessert sowie das "Reservistenpotential" stärker genutzt haben. "Zivilberufliche Erfordernisse" würden häufig größer geschrieben als die "Schlagkraft der Truppe". Das sei symptomatisch für eine "Friedensarmee".

Was heißt das denn, bitte sehr? Will da jemand vielleicht eine "Kriegsarmee"?

Dann wäkelt der schwäbische CDU-Wehrperte an der von den Sozialdemokraten durchgesetzten Hochschule-Ausbildung der Offiziere herum, die er für "weder die einzige noch die wichtigste Voraussetzung für die Befähigung zum Offizier" hält. Ganz gefährlich erscheinen ihm "auch Tendenzen zur Nivellierung und zur Mitbestimmung". Es verweist dabei auf einen Antrag der SPD zur Fortbildungsstufe C im Verteidigungsausschuß. Die Sozialdemokraten

hatten es lediglich gewagt, den Lehrgangsteilnehmern und Dozenten in dem einschlägigen Beratungskonzilium der Führungsakademie der Bundeswehr etwas mehr Mitsprachemöglichkeiten einzuräumen. An dieser Akademie in Hamburg werden die künftigen Offiziere für den Generalstabsdienst ausgebildet. Der CDU-Demokrat Wörner dazu: "Der Mitbestimmung in den Streitkräften wäre eine Einfallspforte geöffnet, die nicht mehr geschlossen werden könnte".

Und Offiziere aus Chile will er natürlich auch weiterhin an dieser Führungsakademie ausbilden lassen: "Wo kämen wir hin, wenn wir auch diese Frage noch unter ideologischen Vorzeichen entscheiden wollten". Dann müsse auch die Bundeswehr von "parteilichen Einflüssen - insbesondere in der Personalpolitik - befreit werden". Das hätte Herr Wörner einmal rechtzeitig den vier Verteidigungsministern der CDU/CSU (Blank, Strauß, von Hassel und Schröder) in den Jahren 1955 bis 1969 sagen sollen! Das neue Anerkennungsverfahren der Koalitionsparteien für Wehrdienstverweigerer will der Oppositionsprecher natürlich auch nicht mitmachen, weil ja dadurch die allgemeine Wehrpflicht beseitigt würde und eine "verhängnisvolle Aufweichung" einträte. Und die "Frage der Wehrgerechtigkeit" wird schließlich von der CDU/CSU durch eine "Wehr- ausgleichsabgabe" gelöst.

Womit dann die Bundesrepublik endgültig jene "nationale Sicherheitspolitik" hätte, die sie aus der Sicht der mühsam vereinten Militärexperten der C-Parteien nicht anders verdient: eine Wehrpolitik Marke "Wörner"!  
(-/1.12.1975/wl/e/pr)

+ + +



Wie steht es um die "Europäer" in den Parlamenten?  
-----

Bonn: Erfahrungsaustausch mit britischen Abgeordneten

Von Dr. Peter Carterier MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

In die Unterrichtung über die Entscheidungsprozesse auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft werden die Abgeordneten der nationalen Parlamente zu selten, zu spät und zu wenig eingehend einbezogen und haben daher auf deren Ergebnisse praktisch keinerlei Einfluß. In allen Mitgliedstaaten ist die gleiche Klage zu hören. Dieser Tage kam eine Delegation des EG-Ausschusses im britischen Unterhaus nach Bonn, um nach gut drei Jahren britischer Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft in Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten die Probleme und Erfahrungen ihrer deutschen Kollegen bei der Behandlung der EG-Vorlagen zu studieren.

In dieser Delegation aus Abgeordneten der beiden großen Parteien waren sogenannte "Pro-Europäer" ebenso vertreten wie "Anti-Marketeers". Der Ausschußvorsitzende und Delegationsleiter John Davies wußte diese "schöpferische Spannung" innerhalb der britischen Delegation zu einem lebhaften Gedankenaustausch, auch über den Kern der britischen Integrationsvorbehalte, zu nutzen. Besonders Interesse erregen aus britischer Sicht im Vergleich der nationalen Unterrichtsverfahren über die EG-Vorlagen zwei "extreme" Haltungen nationaler Parlamente gegenüber der Europäischen Gemeinschaft: das äußerst restriktive dänische Folketing und der im Grundsatz Europa-freundliche Deutsche Bundestag.

Gemeinsam ist den drei Parlamenten die Belastung mit europäischer Papierflut: Die EG-Rechtssetzung basiert auf den beim Abschluß völkerrechtlicher Verträge üblichen und notwendigen Verfahren. Für Normen, die national im Wege der Verordnung oder gar durch Verwaltungsakt zu regeln

wären, wird das gleiche komplizierte Verfahren in Gang gesetzt wie für Bestimmungen mit gesetzgleichem Regelungsgehalt. Solange der "Kuhhandel" zwischen den Mitgliederregierungen abgewickelt wird, bleibt wenig Raum für echte Ausschüßarbeit im nationalen oder im Europäischen Parlament. Daher muß auch der parlamentarische Einfluß auf beiden Ebenen eingeschränkt bleiben. Solange wird auch jedes nationale Unterrichtsverfahren durch inzwischen bereits gefaßte Ratsbeschlüsse oder durch den Hinweis auf schwierige, unumstößliche Kompromisse im Rat verwertet. Es sei denn, ein Parlament wie das dänische Folketing binde die Regierung bei jeder Frege an einen engen Verhandlungsauftrag, der nicht überschritten werden darf. Diese Praxis aber wollten auch britische "Anti-Marketeers" nicht als Vorbild anerkennen, beruht sie doch nur auf der Schwäche der dänischen Regierung gegenüber zehn Parteien.

In einem Punkt aber sind Briten und Dänen "näher dran": Während sich bei uns sogar der in EG-Fragen federführende Wirtschaftsausschuß nur nebenbei mit EG-Vorlagen befaßt und in keinem Bundestagsgremium Abgeordnete ausschließlich oder vorwiegend damit betraut werden, haben die britischen und dänischen Parlamente besondere EG-Ausschüsse gebildet und wenden sich im Plenum häufiger den EG-Problemen zu. Außerdem sind die Fraktionen stärker in das "Unterrichtsverfahren" einbezogen. Bei uns aber sind Adressaten der seitlichen Unterrichtung nur die Bundestage-Ausschüsse; sie sind zu stark anderweitig belastet und können zu wenig eigene politische Kraft für eine echte interparlamentarische Koordination und Integration entfalten. Dies Problem wird sich nach einer Direktwahl verschärft stellen, wenn die Aufrechterhaltung echter Doppelmandate immer schwieriger wird. (-/ 1.12.1975/w1/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller